

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

92 (19.4.1952)

# ETTTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 12 Pf. — (Preisliste Nr. 4) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsanfang angenommen werden

Badischer Landsmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgan

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM. zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Samstag, den 19. April 1952

Nr. 92

## VOM TAGE

Die Bundesrepublik und Japan haben beschlossen, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen, sobald der japanische Friedensvertrag in Kraft tritt.

Der Katyn-Ausschuß des USA-Kongresses wird am 21. April in Frankfurt am Main mit der Vernehmung von über 40 Zeugen, darunter einigen Polen beginnen.

Wegen Spionageverdacht ist John Arthur Carlson, ein führender schwedischer Kommunist verhaftet worden. Carlson ist der fünfte schwedische KP-Angehörige, der wegen Spionage für die Sowjetunion verhaftet wurde.

Premierminister Churchill hat sich eine schwere Erkältung zugezogen und kann seinen Landsitz Chartwell bei London nicht verlassen. Der Verlauf der Erkrankung wird von ärztlicher Seite als „normal“ bezeichnet.

Der britische Botschafter in Kairo, Sir Ralph Stevenson, und der britische Generalgouverneur im Sudan, Sir Robert Howe, sind zur Berichterstattung über den anglo-ägyptischen Streifzug nach London beordert worden.

Zwei kanadische Marineflugzeuge stürzten unweit der Küste von Neuschottland in den Atlantik. Über das Schicksal der Besatzungen ist noch nichts bekannt.

Drei Brüder im Alter von weniger als zehn Jahren wurden bei Palermo von einer Bombe getötet, mit der sie auf dem Felde spielten.

Das „sprengstoffverdächtige“ Paket, das an das „Alliierte Gefängnis in Berlin-Spandau“ adressiert war, enthält, wie sich nach einer eingehenden Untersuchung ergab, eine Bibel.

Der spanische Außenminister Arias, der sich auf einer Nahost-Reise befindet, ist von Amman nach Jordanien weitergefliegen.

## Neuer Vorstoß in der Saarfrage

Brief an Schuman - Der Kanzler drängt auf Bildung der Saarkommission

Bonn (ZSH). Bundeskanzler Adenauer hat den französischen Außenminister Schuman in einem Brief gebeten, drei Mitglieder für die geplante deutsch-französische Saarkommission zu benennen. Der Eingang des Schreibens wurde in Paris bestätigt, jedoch wurde gleichzeitig bemerkt, daß Schuman, der zur Zeit nicht in Paris weilt, den Brief noch nicht habe beantworten können.

Wie aus Paris weiter bekannt wird, hat der Kanzler mitgeteilt, daß die Bundesrepublik zur Aufnahme der Saarverhandlungen bereit sei. Adenauer habe in seinem Schreiben jedoch keinen festen Zeitpunkt für den Beginn der Verhandlungen der gemischten französisch-deutschen Saarkommission genannt. In dem Schreiben seien auch die Namen der drei deutschen Delegierten nicht aufgeführt, die die Bundesrepublik in diese Kommission entsenden wird.

Dagegen wollen unterrichtete Bonner Kreise erfahren haben, daß der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Pfinder, der kommissarische Leiter des Saar-Referats im Auswärtigen Amt, Dr. Thierfelder, und ein Vertreter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen der deutschen Delegation angehören. Ein Mitglied der parlamentarischen Opposition ist wahrscheinlich nicht vertreten.

Nach Ansicht gut unterrichteter Bonner Kreise will der Bundeskanzler in seiner Erklärung, die er anlässlich der Saar-Debatte vor dem Bundestag abgegeben wird, ausführen, daß zwischen ihm, Dr. Adenauer, und Außenminister Schuman in Paris keine bindenden Abmachungen über eine Lösung der Saar-Problems getroffen worden seien. Es habe vielmehr nur ein unverbindliches Gespräch stattgefunden, in dessen Verlauf gewisse Anregungen für Lösungsmöglichkeiten gegeben worden seien. Ferner wird der Kanzler voraussichtlich die Beschwerde der Bundesregierung gegen die Form und Begründung der Beschlagnahme der „Deutschen Saar-Zeitung“ in der französischen Zone ankündigen.

„Fließender Verzicht“

Unter der Überschrift „Zoneaufrechterung statt Saarbefreiung“ beschäftigt sich der SPD-Pressedienst mit der bevorstehenden Saardebatte und wirft der Politik Dr. Adenauers vor, durch die Pariser Abmachungen über die Saar einen „fließenden Verzicht“ auf das deutsche Saargebiet geleistet zu haben. Seit März seien zudem Ereignisse eingetreten, „die die Saar-These des Kanzlers zerrüttern“. Die SPD betont, daß mit der Beschlagnahme der „Deutschen Saar-Zeitung“ durch den französischen Hochkommissar die allen Besatzungszonen wieder aufgelebt seien, die seit dem Bestehen der Bundesrepublik abgeschafft sein sollten. Das Verbot des Blattes werde ein bezeichnendes Licht auf die Saarpolitik Dr. Adenauers.

Die gegen die „Deutsche Saar-Zeitung“ getroffenen Maßnahmen sollen nach einer Auskunft des französischen Hochkommissars aufgehoben werden, sobald die Gewähr dafür besteht, daß die Zeitung künftig auf „unlawful“ Angriffe persönlichen Charakters verzichtet. Die zuständigen Kreise der französischen Hochkommission gaben außerdem ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß man auf deutscher Seite der Ansicht zu sein

## Unterzeichnung der Verträge im Haag?

Notstandsrecht nicht ohne Bundesregierung - Tanzien um Finanzbeitrag

Bonn (UP). Der deutsch-alliierte Generalvertrag und seine Zusatzabkommen zur Abklärung des Besatzungsstatus sollen nicht in Bonn, sondern in der Hauptstadt eines „neutralen“ westeuropäischen Landes unterzeichnet werden. Der niederländische Regierungssitz Den Haag soll die meisten Aussichten haben, als Unterzeichnungsort ausgewählt zu werden.

Im Bundeskanzleramt wurde erklärt, eine endgültige Entscheidung über den Ort der Unterzeichnung sei noch nicht gefällt. Gegenwärtig finden zwischen den beteiligten Mächten noch Besprechungen über diese Frage statt. Nach Äußerungen informierter Politiker soll der Vorschlag, die Unterzeichnung in einer „neutralen“ Hauptstadt vorzunehmen, von den USA ausgegangen sein. Dadurch würde eine mögliche Kritik an einer einseitigen Bevorzugung eines der Teilnehmerstaaten vorgebeugt.

Die Westmächte werden nach dem Inkrafttreten des Generalvertrags die Regierungsgewalt im Bundesgebiet bei einer Störung der inneren Ordnung „durch Unruhen und dergleichen“ nur nach vorheriger Konsultation der Bundesregierung und nur bis zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung unter gewissen Voraussetzungen wieder übernehmen können. Diese Regelung soll in dem jetzt vorliegenden Entwurf des Generalvertrags getroffen worden sein.

Bei einer wesentlichen Störung der inneren Ordnung „durch Unruhen und dergleichen“ werde die Bundesregierung zunächst auf Grund des im Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft verankerten Notstandsrechts die Möglichkeit haben

für einen begrenzten Zeitraum nach Absprache mit dem europäischen Verteidigungskommissar ihre Kontingente aus der Europa-Armee herauszulösen und mit ihrer Hilfe die innere Ordnung wieder herzustellen. Sollte es der Bundesregierung aber selbst dann mit Hilfe der deutschen Truppen und der eigenen Polizeiverbindungen nicht möglich sein, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, dann können die Westmächte nach Konsultation der Bundesregierung die Regierungsgewalt im Bundesgebiet übernehmen und mit ihren Streitkräften die Ordnung wiederherstellen. Unmittelbar nach Abschluß dieser Aktion hört der Notstand auf und die Regierungsgewalt geht in deutsche Hände zurück.

Zu dem Begriff „Unruhen und dergleichen“ gehört auch der sogenannte „Umsturzfall“, das heißt, wenn eine Revolution mit dem Ziel eines Regierungsumsturzes ausbricht. Nicht inbegriffen ist allerdings der Generalstreik.

Auch die mögliche Übernahme der Regierungsgewalt im Kriegsfall soll im Generalvertrag behandelt werden. Es sei hier keine automatische Übernahme vorgesehen, heißt es in Bonner Regierungskreisen. Im Kriegsfall träten vielmehr die auch für alle anderen Partner der europäischen Verteidigungsgemeinschaft künftig verbindlichen Bestimmungen in Kraft, wonach wahrscheinlich ein Teil der regierenden Gewalt an den Oberbefehlshaber abgegeben wird. Für die Bundesrepublik sei aber keinesfalls eine Sonderregelung vorgesehen.

Bei den Pariser Auszubehörungen über die Europa-Armee ist nach Angaben zuständiger Bonner Kreise ein „kräftiges Tanzien“ um die Aufteilung des finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrages im Gange. Dabei stehen sich innerhalb der festgesetzten Gesamtsumme von 10,2 Milliarden DM die Bedürfnisse der alliierten Streitkräfte in Deutschland und diejenigen des deutschen Truppenkontingents in der zukünftigen Europa-Armee gegenüber.

Zur Zeit liegt der Pariser Konferenz ein deutscher Verwendungsplan vor, der die Kosten für das deutsche Kontingent in der künftigen Europa-Armee je nach der Schnelligkeit der Aufstellung auf 9 bis 13 Milliarden veranschlagt. Unter Zugrundelegung von 9 Milliarden DM würde die Differenz zur Gesamtsumme, also rund 1,3 Milliarden, für die alliierten Streitkräfte zur Verfügung stehen. Im Bundesfinanzministerium liegt dagegen ein alliiertes Verwendungsplan vor, der den Bedarf der alliierten Truppen in Deutschland auf 6,8 Milliarden beziffert. In Bonn wird in diesem Zusammenhang auf die in dem Vertrag über die Schaffung der Europa-Armee vorgesehene Klausel hingewiesen, wonach jedes Mitgliedland beanspruchen kann, daß mindestens 85 Prozent seines finanziellen Verteidigungsbeitrages für das eigene Truppenkontingent verwendet werden.

## Halacz ist nicht geistesgestört

Am Dienstag Prozeßbeginn - Sprengstoff-Bunker erbrochen

Verden/Aller (UP). Während die Kriminalpolizei des In- und Auslandes noch immer angestrengt nach dem Urheber des mißlungenen Attentats auf Bundeskanzler Adenauer fahndet, werden in Verden an der Aller die letzten Vorbereitungen für den Prozeß gegen den Bremer Sprengstoffattentäter Erich Halacz getroffen, dessen Todesurteil zwei Menschen töteten und sieben zum Teil schwer verletzten. Die voraussichtlich drei Tage dauernde Verhandlung vor dem Schwurgericht Verden wird am kommenden Dienstag beginnen. Zu dem Prozeß sind insgesamt acht Sachverständige und 29 Zeugen geladen, darunter auch mehrere durch die Todesurteile schwer Verletzte.

Die Ermittlungen gegen Halacz sind nach Angaben von Landgerichtsdirektor Katz mit „aller Überhaupt nur möglichen Genauigkeit und Ausdauer“ durchgeführt worden. Ein Zusammenhang zwischen den Halacz-Todesurteilen und dem versuchten Sprengstoffattentat auf den Bundeskanzler sei nicht festgestellt worden. Die Untersuchung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand in der Göttinger Universitäts-Nervenambulanz hat ergeben, daß Halacz nicht geistesgestört ist.

Die Kriminalpolizei Nienburg ist auf der Suche nach bisher unbekannt Personen, die in einer der letzten Nächte versuchten, den Sprengstoffbunker aufzubrechen, aus dem sich Erich von Halacz das Explosivmaterial für seine beiden Bombenpakete beschafft hatte. Nach Mitteilung der Polizei hatten die Täter die äußere Tür des Bunkers gewaltsam geöffnet. Jedoch war es ihnen nicht gelungen, die im Inneren des Bunkers gelegene Panzertür aufzubrechen, hinter der etwa 100 kg besonders explosives Sprengstoff lagerten. Es wird für möglich gehalten, daß englische Pioniere, die in dieser Gegend Übungen abgehalten haben, aus Versehen an den Sprengstoffbunker geraten sind.

Über eine Million japanischer Arbeiter sind in den Streik getreten, um gegen ein Gesetz zu protestieren, das die Staatsordnung gegen „umstürzlerische Elemente“ schützen soll.

## Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Obwohl die Beratung der letzten Sowjetnote zur Deutschlandfrage, die Beschleunigung des Generalvertrags zwischen der Bundesrepublik und den Westalliierten, sowie die britischen Garantien für die zu bildende Verteidigungsgemeinschaft in den vergangenen Tagen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, vollzog sich — gewissermaßen am unbeobachteten Rand des politischen Geschehens — ein Ereignis, dem nicht minder große Bedeutung zukommt. In dem spanischen Städtchen Rodrigo, 30 Kilometer von der portugiesischen Grenze entfernt, trafen die beiden iberischen Regierungschefs Franco und Salazar zu einer Aussprache zusammen, deren Ergebnis der Vorschlag eines spanisch-portugiesisch-amerikanischen Militärpaktes war.

Die Vorgeschichte dieses Planes läßt bereits seine doppelte Auswirkung erkennen: Obwohl England und Frankreich auf Drängen der USA bereit waren, sich mit einer Aufhebung des von den UN gegen das „faschistische“ Spanien verhängten Boykotts einverstanden zu erklären, lehnte man bisher sowohl in Paris wie in London jegliche direkte Zusammenarbeit mit Franco ab. Vergebens bemühte sich General Eisenhower, unterstützt von Acheson, um die Anerkennung der nun einmal unauferlegbar gegebenen Tatsache, daß eine wirksame Verteidigung Westeuropas und vor allem des Mittelmeerraumes ohne Spaniens Mitwirkung unmöglich ist, zumal Franco die derzeitige beste und stärkste Armee des Okzidents kommandiert.

Aus der lediglich ideologisch begründeten, aber faktisch unverständigen Haltung der Briten und Franzosen gegen die Yankeeinstinkte die zunächst einzig mögliche Konsequenz: sie nahmen ihrerseits mit Spanien Kontakt auf. Die Bereitschaft Francos, der amerikanischen Marine und Luftwaffe Stützpunkte zu überlassen, wird mit einer namhaften Wirtschaftshilfe seitens der USA honoriert. Trotzdem aber wird Spanien immer noch vom Atlantikpakt ferngehalten, es steht jedoch zu erwarten, daß man in Washington im Ernstfall eines Krieges nicht zögern wird, das spanische Waffenangebot zu akzeptieren.

Im Pentagon denkt man allerdings weniger an den Einsatz spanischer Truppen in Europa; das Hauptinteresse der amerikanischen Strategie gilt vielmehr zur Zeit der Sicherung des Mittelmeerraumes, wo eine rasche Klärung der Situation um so dringender geworden ist, nachdem England in Ägypten und Iran, Frankreich in Tunis und Marokko in eine Lage geraten sind, die zwar mit militärischen Mitteln noch einmal „beruhigt“ werden könnte, aber sich nicht auf die Dauer halten läßt, sofern diese beiden alten Kolonialmächte sich nicht zu dem Entschluß durchringen, dem Drängen dieser Staaten nach Unabhängigkeit noch einen vernünftigen modus vivendi abzugewinnen.

Nachdem der Versuch Englands, im Nahen Osten ein unter seiner Leitung stehendes Verteidigungskommando zu errichten, als vorläufig gescheitert anzusehen ist, ergriffen auch hier die durch keinerlei koloniale Ressentiments belasteten Amerikaner die Initiative; nur im Falle Tunis haben sie — Paris zuliebe — einen sicher falschen Schachzug getan, als sie eine Diskussion des pakistanischen Antrags im Sicherheitsrat der UN inhibierten, denn in der gesamten arabisch-islamischen Welt ist man über den französischen Terror in Nordafrika empört.

Angesichts dieses Dilemmas eröffnete nun die Idee eines spanisch-portugiesisch-amerikanischen Paktes eine weitere interessante Perspektive: Das im ganzen Orient in hohem Ansehen stehende Spanien könnte die Führung einer neuen mittelmeerischen Konstellation übernehmen, zu deren Vorbereitung der spanische Außenminister bereits mit offensichtlichem Erfolg die Länder des Nahen Ostens bereist.

Vielleicht gab gerade diese Erfahrung der britischen Regierung einen neuen Impuls, ihre Europa-Politik einer Revision zu unterziehen. Denn darüber dürfte wohl kein Zweifel sein, daß die von London angebotenen Garantien für die kontinentale Verteidigungsgemeinschaft einen deutlichen Kurswechsel manifestieren. Noch bis vor kurzem hatte sich auch Churchill an die Maxime seines Vorgängers Attlee gehalten, daß Neuseeland Großbritannien näher stehe als Europa; auf der Lissaboner NATO-Konferenz bemühte sich Acheson noch vergeblich darum, Eden zu einer Beteiligung an der Europa-Armee zu bewegen. Aber jetzt schwankte man in London doch um: Frankreich erhält die erbetene Sicherheit gegen das in Paris stets befürchtete „Ausbrechen“ der Bundesrepublik nach dem Osten, während Bonn und Rom im Falle eines Angriffskriegs seitens einer dritten Macht — selbstverständlich auf der Basis der Gegenseitigkeit — mit britischer Waffenhilfe rechnen dürfen.

Diesem Beschluß Churchills kommt auch noch in anderer Hinsicht allergrößte Bedeutung zu, denn er beinhaltet praktisch — zum erstenmal wieder seit 150 Jahren — ein deutsch-britisches Waffenbündnis. Seine politischen Folgen liegen bereits auf der Hand: Erstens stärkten die englischen Garantien die Stellung der französischen Regierung, die ihrer Opposition die gefährlichsten Argumente entwand, zweitens trauen sie zu einer Be-

schnelligung und Erleichterung der deutsch-alliierten Verhandlungen bei, die in Bonn schon in allernächster Zeit zum Abschluß gebracht werden sollen.

Nicht nur Dr. Adenauer drängt auf baldige Unterzeichnung des Generalvertrags, sondern auch die Amerikaner wollen vor ihrer Präsidentschaftswahl nicht mehr viel Zeit verlieren, zumal der US-Senat am 15. Juni seine letzte Sitzung in diesem Jahr abhalten wird, bei späterem Termin eine Ratifizierung der Abkommen mit der Bundesrepublik also 1952 nicht mehr möglich wäre. Und schließlich ließ auch die neue Sowjetnote zur Deutschlandfrage (die praktisch nur den Inhalt der ersten Note rekapitulierte) den westeuropäischen Gesprächspartnern eine rasche Verständigung über die noch offenen Probleme ratsam erscheinen, da man erst „im eigenen Hause Ordnung schaffen“ möchte, ehe man sich mit dem „unsympathischen Nachbarn“ unterhält.

Bei dieser „Ordnung“ sollte man aber auch nicht die Saarfrage vergessen, die dank des überraschenden Verbots der „Deutschen Saar-Zeitung“ durch den französischen Hochkommissar eine unnötige Akzentuierung erfahren hat. Es wäre jedenfalls klüger gewesen, wenn sich Herr François-Poncet vorher die Zweckmäßigkeit einer Maßnahme überlegt hätte, welche nur der SPD-Opposition gegen die Politik des Kanzlers neue Argumente liefert. Aber vielleicht wollte er dies gerade, denn der derzeitige französische Hochkommissar hat sich bisher nur wenig an einer deutsch-französischen Verständigung interessiert gezeigt.

#### Auerbach

##### fordert Abberufung Dr. Müllers

Unberühmte Führung des Dokortitels einstecken — Eröffnungsbeschluss verlesen

München (UP). Der frühere Präsident des Landesentscheidungsamtes Bayern, Philipp Auerbach, gestand am zweiten Tage seines Strafprozesses, kein Abitur gemacht zu haben und keinen außerdeutschen akademischen Grad zu besitzen. Gleichzeitig bezeichnete er jedoch die übrigen gegen ihn erhobenen Anklagen als „ein Gewebe von Lügen, Verzerrungen, falscher Unterstellungen und falscher Schlüsse“.

Daß der Dokortitel mit seinem Namen überhaupt in Verbindung gebracht wurde, erkläre sich daraus, daß er, Auerbach, von den KZ-Innenansätzen stets als Doktor angeredet wurde, weil er als Laborant einen weißen Kittel zu tragen pflegte. „Ich klinge mich selbst an, daß ich nach fünfjähriger KZ-Haft nicht mehr die moralische Widerstandskraft hatte, dieser Versuchung zu widerstehen. Alles, was sich in dieser Richtung ergab, war die Folge dieser ersten Lüge.“ Er habe unter „diesen furchtbaren Verkettungen“ selbst viel gelitten.

„Den Dokortrad in Erlangen habe ich bis auf die unrichtige Voraussetzung des Abiturs auf Grund eigener Leistungen erworben. Niemand hat die mir abgegebene Dissertation für mich angefertigt oder mir in unzulässiger Weise dabei geholfen.“ Bei der mündlichen Prüfung sei ihm auch keine Hilfestellung geleistet worden.

Auerbach erklärte, daß sein Vater sowie weitere 20 Angehörige durch Verschulden der Nazis ums Leben gekommen seien. Den Prozess bezeichnete er als „Schlußstein einer jahrelangen politischen Intrige“ des bayerischen Justizministers Dr. Josef Müllers. Es sei nunmehr Aufgabe des Gerichts, den Schlußstrich unter die politische Karriere des bayerischen Justizministers zu ziehen. Der Vorsitzende verwahrte sich gegen diese „Unterstellung“.

Der vom Gerichtsvorsitzenden verlesene Eröffnungsbeschluss wirft Auerbach vor, die zur Ausgestaltung des KZ-Ehrenmals in Dachau bewilligten 155 000 DM nicht zweckmäßig verwaltet zu haben. So seien beispielsweise für ein Festessen anlässlich der Einweihung eines Friedhofs, an dem 97 Personen teilnahmen, 2000 DM ausgegeben worden. Ferner wird Auerbach beschuldigt, er habe bei Auftragserteilungen für Gärtnereien, die mit der Ausgestaltung der KZ-Friedhofstätten betraut waren, 10 Prozent der Auftragssumme auf sein Konto abführen lassen. Der Mitangeklagte Hönig-Ohsorn soll hierbei Mithilfe geleistet haben. Abschließend wird festgestellt, daß die Bestüge Auerbachs aus seiner Amtstätigkeit in keinem Verhältnis zu den von ihm für private Zwecke verwendeten Geldern gestanden haben.

## Bonn läßt sich nicht beirren

Echo auf Pankows „Kampfansage“ - Katholische Kirche zurückhaltend

Bonn (UP). In Bonner Regierungskreisen ist die neue „Kampfansage“ der Ostzonen-Regierung gegen den deutsch-alliierten Generalvertrag ohne Überraschung aufgenommen worden. Der Appell des Pankower Ministerrats wird als ein letzter Versuch angesehen, die „bisher völlig gescheiterten“ Aktionen ähnlicher Art doch noch durchzusetzen. In amtlichen Kreisen Bonns weist man darauf hin, daß auch dieser Vorstoß der Ostzonen-Regierung grundsätzlich keine Änderung in der Politik der Bundesregierung bringen werde.

Zu dem Vorschlag des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dibelius, gesamtdeutsche Wahlen unter der Kontrolle der Kirchen abzuhalten, wird in maßgeblichen Kreisen der katholischen Kirche erklärt, daß der Vorschlag ohne Fühlungnahme mit der katholischen Kirche erfolgt sei. Das dahinter stehende Anliegen der Wiedervereinigung Deutschlands werde von den katholischen Kreisen geteilt. Der von Dibelius vorgeschlagene Weg scheint aber nicht der richtige zu sein, da es sich um eine rein politische Angelegenheit handele, die nicht zum Aufgabenbereich der Kirche gehöre.

#### Gutachten zur Feststellungsklage

Der Senat der Hansestadt Hamburg übersandte dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes ein Gutachten des Privatdozenten für öffentliches Recht an der Universität Hamburg, Dr. Eberhard Menzel, zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit einer vorbeugenden Feststellungsklage im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht hatte um eine Äußerung in dieser Sache gebeten, nachdem 142 Abgeordnete des Bundestages während der Wehrdebatte das Bundesverfassungsgericht aufgefördert hatten, festzustellen, „daß Bundesrecht, welches die Beteiligung Deutscher an einer bewaffneten Streitmacht regelt, ohne vorangegangene Abänderung oder Ergänzung des Grundgesetzes weder förmlich noch sachlich mit dem

Grundgesetz vereinbar sei“. Dr. Menzel kommt zu dem Schluß, daß zwar Bedenken für eine allgemeine und uneingeschränkte Zulassung der vorbeugenden Feststellungsklage vorhanden seien. Diese träfen aber für den vorliegenden Fall nicht zu, in dem völkerrechtliche und staatsrechtliche Überlegungen die Bejahung einer Zulässigkeit nötig machten. Der Hamburger Senat schloß sich dem Gutachten an. Fliegergeschädigte protestieren

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Flieger- und Währungsgeschädigten, Minister a. D. Mattes, erklärte, die einheimischen Geschädigten seien gegenüber den Vertriebenen bei den Soforthilfeleistungen benachteiligt worden. Sie würden auch in dem jetzt vorliegenden Entwurf des Lastenausgleichs-Gesetzes zu kurz kommen.

Mattes forderte eine Erhöhung der Entschädigungen nach dem Lastenausgleich, die u. a. durch einen erheblichen Bundeszuschuß und Heranziehung des gesamten öffentlichen Vermögens zu den Ausgleichsabgaben erreicht werden könnten. Ferner müßte durch Vorfinanzierung das jährliche Aufkommen verdoppelt, also auf etwa 4,5 Milliarden DM gebracht werden, damit die Entschädigung bereits in acht bis zehn Jahren abgeschlossen werden könne und nicht erst in den vorgesehenen 30 Jahren.

Als unabdingbare Forderung seines Verbandes bezeichnete Mattes die Gleichstellung der einheimischen Geschädigten mit den Vertriebenen. Wenn nicht in Kürze in den Lastenausgleichsentwurf Bestimmungen eingearbeitet würden, die diese Gleichstellung gewährleisten, würde sein Verband die Flieger- und Währungsgeschädigten zu Protestkundgebungen im ganzen Bundesgebiet aufrufen. Mattes betonte, die 13 Millionen Geschädigten, von denen 200 000 in seinem Verband organisiert seien, hätten für 61 Milliarden DM Altsparkguthaben und Sachwerte verloren. Demgegenüber hätten die Vertriebenen nur rund 30 Milliarden DM verloren.

## Westmächte bereiten Antwort vor

Tür soll nicht zugeschlagen werden

Washington (UP). In Washington und London rechnet man damit, daß die Besprechungen zwischen den drei Westmächten über die Beantwortung der zweiten Moskauer Deutschlandnote in der kommenden Woche in vollem Umfang in Paris aufgenommen werden. Die vorbereitenden Besprechungen haben bereits in London, Washington und Paris begonnen. Die Pariser Verhandlungen werden zwischen Außenminister Schuman dem britischen Botschafter Sir Oliver Harvey und dem amerikanischen Botschafter James Dunn geführt werden. Die Antwortnote soll Ende des Monats nach Moskau abgesandt werden. Die Beamten, die mit der Ausarbeitung der ersten Entwürfe beauftragt sind, haben sich gegen eine radikale Antwort ausgesprochen, die den Westen mit der Verantwortung für die Abweisung der sowjetischen Vorschläge zur deutschen Einheit belasten könnte. Die Ansichten Bundeskanzler Adenauers werden wahrscheinlich maßgebenden Einfluß auf die endgültige Formulierung der westlichen Antwortnote haben.

#### Pläne für den Krisenfall

Präsident Truman hat die USA-Bundesbehörden angewiesen, Pläne auszuarbeiten, nach denen im Falle einer nationalen militärischen Krise alle wichtigen Funktionen fortgesetzt werden können. In allen vorbereitenden Plänen sollten die militärischen Erfordernisse des Verteidigungsministeriums berücksichtigt werden.

Auf einer Pressekonferenz sagte der Präsident, Sowjetrußland könne seinen Friedenswillen leicht beweisen, indem es so bald wie möglich den österreichischen Friedensvertrag unterzeichne und seine Einwilligung zu dem amerikanischen Abrüstungsprogramm gebe.

Truman ließ im weiteren Verlauf der Konferenz durchblicken, daß seiner Ansicht nach der Präsident der USA das theoretische Recht habe, auch Presse und Rundfunk zu beschlagnahmen. Als ein Pressevertreter im Zusam-

menhang mit der Beschlagnahme der Stahlindustrie wissen wollte, wie sich der Präsident im gleichen Fall gegenüber der Presse verhalten werde, antwortete Truman, der Präsident habe unter den gleichen Umständen das zu tun, was er für das Beste im Interesse des Landes halte.

#### Viet Minh 20 Kilometer vor Hanoi

Hanoi (UP). Nur knapp 20 Kilometer vor Hanoi kam es zu heftigen Gefechten zwischen Verbänden der kommunistischen Aufständischen und drei vollmotorisierten Einheiten der französisch-vietnamesischen Truppen. Das französische Hauptquartier spricht von einem „aufriedenstellenden Verlauf“ der französischen Maßnahmen; die eingeleitet wurden, nachdem sich stärkere aufständische Verbände bis in die Nähe des Stadtrandes von Hanoi vorgearbeitet hatten. Tran van Hu,

## Aufstand in Franz.-Äquatorial-Afrika

Munitionslager bei Tunis flog in die Luft - Minister für eine Million Franken

Tunis (ZSH). Frankreich hat in immer steigendem Maße mit Unruhen und Aufständen in seinen Kolonien zu kämpfen. Während in Tunesien, wo mit drastischen Maßnahmen der französischen Armee und der Behörden die Ruhe nur scheinbar hergestellt war, sich die Sabotage-Äquatorial-Afrika ein blutiger Aufstand der Eingeborenen gemeldet. Nach amtlichen Angaben wurden dort 14 Eingeborene getötet und eine größere Anzahl verletzt.

Der Zusammenstoß ereignete sich in dem Dorf Bebalem, das im Innern von Französisch-Äquatorial-Afrika liegt. Dort hatten sich bereits seit Tagen Anzeichen einer wachsenden Spannung bemerkbar gemacht. Aus diesem Grunde sind als „vorbeugende Maßnahme“ Truppen in dieses Dorf entsandt worden. Mehrere Aufführer wurden von den französischen Truppen verhaftet. In Bebalem soll jetzt wieder Ruhe herrschen.

Ein etwa 50 Kilometer südwestlich von Tunis liegendes Munitionslager der französischen Armee ist in die Luft geflogen. Ein angeblich auf das unvorsichtige Verhalten eines Soldaten zurückzuführendes Feuer verursachte die Explosion von mehreren hundert Artilleriegeschossen und rund 80 000 Schußgewehrmunition. Das Feuer soll nach amtlichen französischen Angaben auf eine offene Petroleumlampe zurückzuführen sein, mit der ein Soldat in einen der Munitionsbunker eingestiegen war, um diesen zu inspizieren.

Der verzweifelte Ringkampf, der von der französischen Diplomatie in Tunis in den letzten Wochen um die Bildung einer Regierung unter dem von Paris ernannten Ministerpräsidenten Baccouche geführt wurde, hat nur mühsam zur Bildung einer „Regierung“ geführt, die von der Bevölkerung mit Handgranatenwürfen begrüßt worden ist.

Von unterrichteter Seite erfahren wir nun interessante Einzelheiten über die wirklichen Hintergründe des langen Zögerns und des geschickten Ausweichens der zahlreichen Kandidaten, die Baccouche als Minister in sein Kabinett berufen wollte und die sich alle bis auf die jetzt ernannten Minister drückten. Wenn man die neue tunesische Ministerliste durchgeht, dann handelt es sich ausnahmslos um Verwandte des Beys von Tunis, so daß also das ganze Kabinett praktisch eine Familienangelegenheit geworden ist.

Ein Ministerposten wurde in Tunesien bis-

lang immer unter der Hand vernommen, das heißt verkauft. Es bildete sich ein Konsortium, welches das Kabinett zusammensetzte, stürzte und die Posten endgültig vergab, wenn die Kandidaten den entsprechenden Kaufpreis, der zwischen 1 und 1,5 Millionen französischen Franken schwankte, erlegt hatten.

#### „An Adolf Hitler im Bundeskanzleramt“

„Sprengstoffpakete“ am laufenden Band

Bonn (UP). In den letzten Tagen tauchten bei den verschiedenen Behörden in Bonn wiederum verdächtig aussehende Briefpäckchen auf, die sich als imitierte Sprengstoffsendungen entpuppten und immer wieder erhebliche Nervosität auslösten. Nach Ansicht zuständiger Stellen handelt es sich durchweg um „Dummjungenstreiche“, denen man jetzt noch energischer als bisher entgegenzutreten will. U. a. wurde dem Bundeskanzleramt vor einigen Tagen ein Doppelbrief zugestellt, der eine leere Streichholzschachtel enthielt, die in mehreren Schichten am inneren Briefumschlag befestigt war. Mehrere Beamte und Angestellte mußten aufgebeten werden, bis der tatsächliche Inhalt der Sendung festgestellt werden konnte. Ein weiterer Brief mit der Adresse „An Adolf Hitler, im Bundeskanzleramt Bonn“ wird allgemein einem Geisteskranken zugeschrieben.

#### Unternehmen „Martha“ beendet

Aachen (UP). Das Unternehmen „Martha“ zur Sicherung der deutschen Westgrenze gegen den Schmuggel ist beendet. Seit Beginn des Unternehmens am 4. November vorigen Jahres sollen für rund eine Million DM Schmuggelwaren und Fahrzeuge aufgebracht worden sein. Darüber hinaus sollen Steuer- und Zollhinterziehungen im Werte von rund 500 000 DM verhindert worden sein.

#### Wieder eine Flugzeugkatastrophe

Los Angeles (UP). Eine schwere Flugzeugkatastrophe, die 28 Menschen das Leben kostete, ereignete sich in der Nähe von Los Angeles. Ein zweimotoriges außerplanmäßiges Passagierflugzeug der North Continental Airlines geriet in eine dichte Nebelwand vor dem San Gabriel Valley und wurde einige Stunden später etwa 20 Kilometer östlich von Los Angeles als ausgebranntes Wrack aufgefunden. Sämtliche Insassen, deren Zahl von der Luftfahrtgesellschaft mit 25 Fluggästen und drei Mann Besatzung angegeben wurde, fanden bei dem Unglück den Tod. Von der Maschine sind nur der verkohlte Schwanz und einige in der Gegend verstreute Teile übrig geblieben. Das Flugzeug muß an dem Gipfel eines 350 Meter hohen Hügels nahe Los Angeles zerschellt sein.

#### Einberufung wegen des Hochwassers

Omaha (UP). Generalleutnant Pick, der Oberbefehlshaber der US-Pioniertrouppen, hat alle jungen Mäntner über 18 Jahren, die im Hochwassergebiet des Missouri beheimatet sind, zur Unterstützung der Maßnahmen gegen das Hochwasser aufgerufen. Der Wasserstand des Missouri hält sich seit über acht Stunden auf der gleichen Höhe. Der Druck auf die Dämme ist gewaltig. Die Wasser schließen durch die verbarrikierten Ufer zwischen Omaha und Council Bluffs, die wie ein Engepaß wirken, mit steigender Geschwindigkeit hindurch. Die Dämme liegen jetzt weniger darin, daß die Dämme überspült werden, sondern in der Möglichkeit, daß die Mauern dem stetigen ungeheuren Druck der zusammengedrängten Wassermassen nachgeben.



Philipp Auerbach (rechts) und Dr. Konirsch (links) auf der Anklagebank. In der Mitte der Verteidiger Dr. Klitschinsky. Der Auerbach-Prozess wird als größte Korruptionsaffäre der Nachkriegszeit angesehen. Nach der Anklage soll das Land Bayern um mehr als drei Millionen Mark geschädigt worden sein.

### Umschau in Karlsruhe

#### Spiralo-Roulette ist Glücksspiel

Karlsruhe (UP). Das Bundesgericht verurteilt das Revisionsgesuch des Kaufmanns Stahl, der als Geschäftsführer und Mitbesitzer des Spiel-Kasinos in den Stuttgarter Bachstuben wegen verbotenen Glücksspiels mit einem Spiralo-Roulette von Landgericht Stuttgart zu 10 000 DM Geldstrafe verurteilt worden war. Die Verteidigung bezeichnete das Spiralo-Roulette anhand von Gutachten verschiedener Technischer Hochschulen als Geschicklichkeitsspiel. Der Erste Senat des Bundesgerichtshofes schloß sich jedoch den Ausführungen der Bundesanwaltschaft an und erklärte das Spiralo-Roulette als Glücksspiel.

Karlsruhe. Die Firma Siemens und Halske feierte das Richtfest ihres neu erstellten Hochhauses, das mit rund 20 000 qm Nutzfläche das größte Gebäude von Karlsruhe ist. (law)

Karlsruhe. In Württemberg-Baden hat die Zahl der Arbeitslosen Mitte April um 427 gegenüber dem Monatsbeginn zugenommen. Am 15. April wurden insgesamt 59 417 Arbeitslose gezählt. (law)

### Aus der badischen Heimat

#### Explosion im Mannheimer Hafen

##### Zwei Arbeiter schwer verletzt

Mannheim (law). Bei der Explosion eines Destillationskessels in einer Industrieanlage im Mannheimer Industriehafen wurden zwei Arbeiter schwer verletzt. Sie mußten mit Verbrennungen zweiten Grades in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Explosion verursachte einen Brand, der jedoch von der Mannheimer Feuerwehr gelöscht werden konnte, bevor er größeren Schaden anrichtete.

##### Polizei als Geburtshelfer

Mannheim (swk). Offensichtlich noch nicht erwartet, stellte sich der Klapperstorch bei einer Frau mitten auf der Straße ein, als sich diese in der Abendstunde auf dem Nachhauseweg befand. In ihrer Not stieß die werdende Mutter Hilferufe aus. Glücklicherweise war eine Polizeistreife in der Nähe. Die Beamten sorgten für den Abtransport der Frau auf die Polizeiwache. Unter Hinzuziehung eines Arztes ging dann an diesem gewiß nicht alltäglichen Entbindungsort die Geburt reibungslos vor sich.

##### 57 Jahre alter Mann überfallen

Mannheim (law). In der Mannheimer Innenstadt ist ein 57 Jahre alter Mann von einem US-Soldaten überfallen und niedergeschlagen worden. Der Überfallene trug eine schwere Gehirnerschütterung und Prellungen davon. Der Täter konnte noch nicht gefaßt werden.

Mannheim. In Mannheim sind achtzig Flüchtlingsfamilien mit 309 Personen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern eingetroffen. Die Umsiedler werden in Neubauwohnungen in der Mannheimer Schönau-Siedlung eingewiesen. (law)

### Auto fuhr in den Neckar

#### Vier Personen ertranken

Eberbach/Neckar (law). Ein mit vier Personen besetzter Personenwagen fuhr auf der Neckartalstraße zwischen Hirschhorn und Eberbach in voller Fahrt über die steil abfallende Straßenböschung in den Neckar und versank. Alle vier Insassen ertranken.

Ein sofort herbeigeholter Taucher konnte die Frau des Fahrers, des Opernsängers Haller aus Malschen bei Darmstadt und seine beiden Söhne bergen. Wiederbelebungsversuche blieben jedoch erfolglos. Die Leiche des Fahrers, der den Wagen offenbar noch hatte verlassen können, wurde bisher nicht gefunden. Die Personalien der Ertrunkenen wurden auf Grund der Papiere festgestellt, die sich im Auto befanden.

Ein Augenzeuge des Unglücks gab an, daß der Kraftwagen plötzlich aus der Fahrbahn geraten sei, eine Zeilang von der linken auf die rechte Straßenseite schleuderte und dann über die Böschung und das Neckarufer in den Fluß raste. Der Wagen habe sich noch fast eine Minute über Wasser gehalten. Der Zeuge hörte noch Hilferufe, die aber bald verstumten.

#### Der Tote in der Reisigunterkunft

##### Noch keine Identifizierung

Pforzheim (swk). In einer sehr primitiv hergerichteten Reisigunterkunft in einem Walde an der Böchenbronner Höhe fanden Arbeiter das Gerippe eines Toten. Ein goldener Siegelring, Bekleidungsreste und eine alte Aktenmappe lagen in nächster Nähe des Fundortes. Die Polizei konnte die Personalien des Toten noch nicht feststellen.

#### Massenschlägerei in Pforzheim

Pforzheim (law). Vor einer Pforzheimer Gastwirtschaft kam es zu einer schweren Schlägerei, an der sich 15 Personen beteiligten. Dabei wurde ein 16jähriges Mädchen durch einen Tritt in den Leib so schwer verletzt, daß es ins Krankenhaus gebracht und sofort operiert werden mußte.

#### Des Amtschimmels Frühlingserwachen

Pforzheim (swk). Am 1. Oktober 1951 wandte sich eine Pforzheimer Firma wegen einer Mietpreiserhöhung an die Preisbehörde in Karlsruhe. Monate vergingen und trotz mehrmaliger Anfragen kam aus der ehemaligen Residenz kein Sternwort. Im Frühlingsmonat April endlich schien man in Karlsruhe aus dem Winterschlaf zu erwachen. Fröhlich wiehernd, feierte der Amtschimmel seine Auferstehung. Die Sonne hatte ihm die Nüstern erwärmt. Die Firma erhielt nämlich ein amtliches Schreiben, in dem sie aufgefordert wurde, zunächst einmal 60 DM zu entrichten. Vorher könne keine Amtshandlung vorgenommen werden. Na also!

Freiburg. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Südbaden kritisiert in einer Pressemitteilung die schleppende Erledigung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs durch die Finanzämter. (law)

Freiburg. Die Abwicklungsstelle des Badischen Staatskommissariats für politische Säuberung wurde mit Wirkung vom 1. April dem badischen Ministerium des Innern angegliedert. (law)

## Große Koalition ernstlich gefährdet

DVP und SPD für die Gemeinschaftsschule im Südweststaat

Stuttgart (law). Die Chancen für das Zustandekommen einer großen Regierungskoalition für das neue südwestdeutsche Bundesland, haben sich stark vermindert. Die SPD hat der CDU in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie nicht bereit sei, den status quo bei der Schulfrage verfassungsmäßig zu verlassen. Auch die Frage der CDU, ob die SPD unter allen Umständen eine Neuordnung des Schulwesens in Württemberg-Hohenzollern auf gesamtdeutschem Wege verzieht, wird in dem Schreiben verneint.

In Württemberg-Hohenzollern gilt, im Gegensatz zu den beiden anderen südwestdeutschen Ländern, das Elternrecht. Die Eltern können dort entscheiden, ob ihre Kinder die Konfessions- oder die Simultanschule besuchen sollen. Die SPD betont, sie werde sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß in der Verfassung eine Bestimmung aufgenommen wird, die festlegt, daß die öffentlichen Volksschulen im gesamten Gebiet des südwestdeutschen Bundeslandes christliche Gemeinschaftsschulen sind. Außerdem gibt die SPD in ihrem Schreiben zu verstehen, daß sie an der für Samstagmittag mit ihr und der CDU vorgesehenen Besprechung nicht mehr interessiert ist.

#### DVP zum Führungsanspruch der CDU

Die DVP-FDP hat der CDU ihre beschlossene Antwort auf das CDU-Memorandum schriftlich zugestellt. In einem Begleitbrief, der der Presse übergeben wurde, nimmt die DVP-FDP zu dem Führungsanspruch der CDU Stellung. Die DVP-FDP erklärt darin, die Geschichte des europäischen Parlamentarismus lasse nicht erkennen, daß sich ein unverbrüchliches Grundprinzip der Demokratie entwickelt habe, nach dem die relativ stärkste Partei regelmäßig den Regierungschef stelle. Es brauche in diesem Zusammenhang nur an die Entstehung zahlreicher Koalitionen im Reich und in den Bundesländern während der Zeit der Weimarer Republik erinnert zu werden. Recht und Pflicht der relativ stärksten Partei, sich nach einer Neuwahl um die Regierungsbildung führend anzunehmen, würden damit selbstverständlich nicht verneint. Die DVP-FDP trage daher auch der durch den Wahlausgang vom 9. März 1952 für die CDU geschaffene Lage „voll und ganz Rechnung“. Ob sich die daraus entstehende Anwartschaft der relativ stärksten Partei auf die Stellung des Ministerpräsidenten verwirkliche, hänge von der Klärung zahlreicher sachlicher, persönlicher und politischer Fragen ab.

In dem Begleitbrief wird ferner festgestellt, daß die entscheidende Differenz in den bei-

derseitigen Auffassungen unzweifelhaft in der Schulfrage bestehe.

#### Die Forderungen der CDU

Wie weiter bekannt wurde, fordert die CDU in ihrem den Verhandlungspartnern zugeleiteten Memorandum, daß das Elternrecht in der Verfassung verankert wird. Sie hält die in Württemberg-Hohenzollern getroffene Regelung der Schulfrage grundsätzlich für die beste. Für den Fall, daß in der Verfassungsgebenden Landesversammlung keine Einigung auf der Grundlage der Verfassung von Württemberg-Hohenzollern erzielt werden kann und die CDU überstimmt werden sollte, verlangt die CDU, daß die Beibehaltung des bisherigen Zustandes von den Koalitionspartnern zumindest anerkannt wird.

Zu der Frage des Staats- und Verwaltungsaufbaues im neuen Bundesland vertritt die CDU in ihrem Memorandum die Ansicht, daß die bisherigen Landesministerien die gesamten Regierungsaufgaben nach den Weisungen der vorläufigen Regierung zunächst weiterführen sollen. Als verfrüht bezeichnet die CDU eine Stellungnahme zu der in ihrem Entwurf für ein Überleitungsgesetz vorgeschlagenen Bildung sogenannter Kommunalverbände höherer Ordnung. Derartige Verbände seien im südwestdeutschen Raum neu und unerprobt. Diese Frage müsse völlig der künftigen Entwicklung überlassen bleiben. Sie brauche daher in den Koalitionsverhandlungen noch nicht behandelt zu werden.

#### Die Antwort der DVP/FDP

Wie verlautet, hat die DVP-FDP in ihrer Antwort auf das CDU-Memorandum zum Ausdruck gebracht, daß in der Verfassung die christliche Gemeinschaftsschule für das gesamte südwestdeutsche Bundesland verankert werden solle. Ferner weist die DVP-FDP darauf hin, daß nach ihrer Ansicht in dem Memorandum der CDU zu einigen wichtigen und besonders stark umstrittenen Fragen des Staats- und Verwaltungsaufbaues nicht eindeutig Stellung genommen worden ist. Sie vertritt jedoch die Ansicht, daß in einer Reihe von Fragen zwischen CDU und DVP-FDP Übereinstimmung bestehe oder die Auffassungen zumindest nicht so verschieden seien, daß nicht eine Kompromißlösung gefunden werden könnte.

Die Verhandlungskommission der CDU für die Koalitionsgespräche wird heute zusammengetreten, um die neue Situation zu beraten. Sollte die CDU in der Schulfrage zu keinem Kompromiß bereit sein, so dürfte wenig Aussicht bestehen, daß eine große Koalition zwischen CDU, SPD und DVP-FDP zustandekommt.

**GROSS  
FORMAT**

**MEHR  
QUANTITÄT  
MEHR  
QUALITÄT\***

\* Das Großformat hat die Eigenschaft, das Tabakaroma hochqualifizierter Mischungen zu letzter Entfaltung zu steigern. So bietet die Lux nicht nur ein mengenmäßiges, sondern vor allem auch ein qualitatives Mehr.

## Tagung im Zeichen der Auflösung

Die letzte Arbeitssitzung des württemberg-badischen Landtags

Stuttgart (law). Durchweg ohne Aussprache erledigte der württemberg-badische Landtag in der letzten Arbeitssitzung vor seiner Auflösung die ihm noch vorliegenden Beratungspunkte. Gegen die Stimmen weniger bürgerlicher CDU-Abgeordneter und bei einigen Stimmenhaltungen billigte das Haus in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines 20-Millionen-Staatsdarlehens für die Errichtung einer Sulfat-Zellstoff-Fabrik der Zellstoff Waldhof in Mannheim-Rheinau.

Einmütige Annahme fand der Entwurf eines 4. Nachtragsetzes für 1951, durch den unter anderem die Finanzzuweisungen an die Kommunen um 18,8 Millionen DM und die übergebieltlichen Zuschüsse im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs um 23,5 Millionen erhöht werden. Ferner werden durch diesen Nachtrag neue Darlehen für den Wohnungsbau und die Bundesbahn etabliert. Einmütigkeit bestand im Plenum auch bei der Verabschiedung des Gesetzentwurfes über die Umgliederung der Stadt Bad Wimpfen vom Landkreis Sinsheim in den Landkreis Heilbronn. Dieses Gesetz, das in zweiter und dritter Lesung angenommen wurde, tritt am 1. Mai 1952 in Kraft.

#### Ministergesetz geändert

Gegen 16 Stimmen bei zwei Enthaltungen wurde der von den beiden Fraktionen der Regierungskoalition vorgelegte Initiativgesetzentwurf über eine Änderung des Ministergesetzes in der Fassung des Ständigen Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach diesem Gesetz erhalten unter anderem Minister, die zwischen dem 9. 3. 1945 und dem 31. 12. 1950 ununterbrochen vier Jahre lang Minister waren, eine Ministerpension, wenn sie berufsuntfähig werden oder das 60. Lebensjahr vollendet haben. Der DG-BHE-Abgeordnete Rumrich äußerte seine Verwunderung darüber, daß ein derartiges Gesetz, das nur einem ganz kleinen Personenkreis zu gute komme, noch kurz vor Torschuß verabschiedet werde. Ministerpräsident Dr. Maier teilte dazu mit, daß bei dem heutigen Stand der Dinge allenfalls zwei Persönlichkeiten von diesem Gesetz betroffen würden. Die finanziellen Auswirkungen seien jedoch minimal. Der frühere Befreiungsminister Kamm, betonte Dr. Maier,

erhalte auf Grund der Vorlage keine Pension.

Im weiteren Verlauf seiner Sitzung erledigte der Landtag formell noch einige Beratungspunkte, die wegen der in Kürze bevorstehenden Auflösung der drei südwestdeutschen Länder nicht mehr sachlich behandelt werden können. Der Landtag beschloß auf Antrag des Finanzausschusses zwar, die Regierungsvertreter Württemberg-Badens im südwestdeutschen Ministerrat sollten eine baldige Überprüfung des Berufswesens durch die Verfassungsgebende Landesversammlung anregen, erklärte sich jedoch für unzuständig, eine solche Überprüfung sowie die Bewilligung weiterer Lehrkräfte für die Berufsschulen noch selbst zu beschließen.

#### Gelder für Wasserversorgung

Auf Antrag des Sonderausschusses für Wasser und Energiewirtschaft ersuchte das Plenum die Regierung, im ordentlichen Staatshaushalt für 1952 zum Bau einer Wasserversorgungsanlage für die nordöstlichen Gebiete des Landes als erste Rate drei Millionen DM und außerdem im ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltplan weitere 19 Millionen DM als Darlehen und Beihilfen für Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsmaßnahmen der Gemeinden vorzusehen. Finanzminister Dr. Frank erklärte hierzu, dieser Beschluß müsse rein „deklamatorisch“ bleiben. Eine Verpflichtung für die noch bestehende Regierung des Landes dürfe aus dieser „Wunschliste“ nicht entstehen. Er wäre sonst gezwungen, die Deckungsfrage zu stellen.

#### Nur noch Abschlusssitzung

Zu Ende der Sitzung betonte Landtagspräsident Keil, der „sterbende Landtag“ habe mit dieser Sitzung alle Beratungsgegenstände praktisch erledigt und werde nur noch zu einer Abschlusssitzung zusammentreten, auf der die Abgeordneten von der Auflösung der drei südwestdeutschen Länder und der Bildung des Südweststaats Kenntnis nehmen werden. Diese Sitzung werde voraussichtlich Mitte Mai stattfinden. Auch die Ausschüsse des Landtags — mit Ausnahme des Finanzausschusses, der gewisse selbständige Funktionen ausübt — werden nicht mehr zusammentreten.

Günstige Bilanz in der EZU

Wieder Überschuss der Bundesrepublik
Die Europäische Zahlungsunion veröffentlichte die amtlichen Abrechnungszahlen für den Monat März.

Frankreich konnte, wie dem Bericht weiter zu entnehmen ist, ein Rechnungsdefizit bei der Zahlungsunion im März gegenüber dem Vormonat um nahezu 100 Millionen Dollar auf 25,3 Millionen Dollar reduzieren.

Geringere Buttereinlagerung

Getreideversorgung ist zufriedenstellend
Die Versorgungslage auf dem Gebiete der Fettwirtschaft machte für 1953 eine so große Buttereinlagerung wie im Vorjahre unnötig.

Bei der Erörterung der Getreide-Situation wurde hervorgehoben, daß dank der bisherigen Einfuhrpolitik die Übergangsbestände erhöht werden konnten.

Abreden in Moskau „hängen in der Luft“

Die Abreden westdeutscher Kaufleute mit Vertretern der Ostblockstaaten während der Weltwirtschaftskonferenz in Moskau hängen nach Auffassung zuständiger Kreise in Bonn „wölig in der Luft“.

Alliierte schränken Kontrolle ein
Die Hochkommission gab bekannt, daß die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG. und die Kohlegruben der Reichswerke nicht mehr unter alliierter Kontrolle stehen.

Wirtschaft in Kürze

Das neue deutsch-italienische Handelsabkommen wird am Freitag in Mailand von Bundeswirtschaftsminister Erhard und dem italienischen Außenhandelsminister Ugo la Malfa unterzeichnet werden.

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Der dritte Absteiger fehlt noch

In der Oberliga Südwest fehlt noch der dritte Absteiger, denn hier müssen drei Vereine absteigen, weil dem SV Saar 05 (Saarbrücken) für die kommende Saison die Einreihung in die Oberliga Südwest zugesagt wurde.

Es spielen: 1. FC Kaiserslautern - VfR Frankenthal, FV Engers - Wormatia Worms, Weisenau - Neunkirchen, Neuenhof - VfR Kaiserslautern, Kreuznach - Trier, Freundschaftsspiel: VfR Mühlburg - 1. FC Kaiserslautern.

Gastspiele von Südwestvereinen
Am kommenden Sonntag geben zwei Mannschaften aus der Oberliga Südwest Gastspiele in Württemberg und Baden.

Es spielen: Freundschaftsspiel: Stuttgarter Kickers - FK Pirmasens, VfR Mühlburg gegen 1. FC Kaiserslautern, SVV-Pokal Gruppe 2: VfL Neckarau - SV Waldhof.

Drei Nachholspiele im Süden

Drei der vier noch ausstehenden Nachholspiele in Süddeutschlands erster Liga werden im Laufe dieser Woche ausgetragen.

Es spielen: FSV Frankfurt - VfL Neckarau (Donnerstag), Eintracht Frankfurt - Schweinfurt 05 (Samstag), Kickers Offenbach - Schwaben Augsburg (Sonntag).

Spitzenreiter vor Heimspielen

Um und BCA können sich den Aufstieg sichern
Bereits am kommenden Sonntag können sich die TSG Ulm 46 und der BC Augsburg, die beide mit einem Bein bereits in der Oberliga stehen, den Aufstieg endgültig sichern.

Auf der Frankfurter Stadioneisenbahn veranstaltete der Bund Deutscher Radfahrer am Ostersonntag das erste Auswahlmannschaftsrennen der Bahnfahrer zur Bildung einer Olympia-Mannschaft.

Es spielen: ASV Feudenheim - FC Freiburg, BC Augsburg - Wacker München, VfR Aalen

gegen SV Wiesbaden, Hessen Kassel - TSV Straubing, SSV Reutlingen - FC Singen, 1. FC Pforsheim - ASV Durich, ASV Cham - Jahn Regensburg, Darmstadt 98 - 1. FC Bamberg, TSG Ulm 46 - Bayern Hof.

Tauziehen um das Repräsentativspiel Berlin-Süddeutschland

Das Repräsentativspiel Berlin - Süddeutschland, das am kommenden Sonntag im Berliner Olympiastadion stattfinden wird, steht unter einem unglücklichen Stern.

Vier Spiele der Amateurliga

Weitere Entscheidung in der Abstiegsfrage?

Vier Spiele kommen am vorletzten Aprilsonntag in der nordbadischen Amateurliga zur Durchführung. Das wichtigste Treffen steigt in der Rennstadt Hockenheim.

Frischauf hat Dietzenbach zu Gast

Die süddeutsche Handballmeisterschaft, die zu Ostern unterbrochen wurde, fällt im kommenden Sonntag in Göttingen eine wichtige Vorentscheidung.

Die Olympiamannschaft der Radfahrer

Auf der Frankfurter Stadioneisenbahn veranstaltete der Bund Deutscher Radfahrer am Ostersonntag das erste Auswahlmannschaftsrennen der Bahnfahrer zur Bildung einer Olympia-Mannschaft.

Ein Amateurligaspiel neu angezeit

Das Punktspiel der badischen Amateurliga zwischen Germania Friedrichsfeld und Germania Brühl, das Friedrichsfeld vor 14 Tagen mit 3:1 Toren gewonnen hatte, ist vom Badischen Fußballverband als Freundschaftsspiel gewertet worden, da der nominierte Schiedsrichter nicht erschienen war.

Sochaux - Mannheim in Montbéliard

Das Spiel FC Sochaux - VfB Mannheim am kommenden Sonntag findet nicht in Mannheim, sondern in Montbéliard (Frankreich) statt.

Oster-Sandbahnrennen in München

Der Bund Bayerischer Motorsportler eröffnete am Ostersonntag seine diesjährige Rennsaison mit einem spannenden Sandbahnrennen am Oberwiesenfeld in München.

Norwegischer Sieg in Reit im Winkel

Einen dreifachen norwegischen Sieg gab es am Ostersonntag beim internationalen Franz-Haasberger-Gedächtnis-Springen in Reit im Winkel.

Ergebnisse: 1. Christian Mohr (Norwegen) 61 und 60 Meter, Note 221,5; 2. Erling Kroken (Norwegen) 59,5, 62 - 221,8; 3. Arne Hoel (Norwegen) 53, 62 - 220,5; Keith Wegeman (USA) 61, 62 - 220,5; 5. Ewald Roscher (Deutschland) 57,5, 58,5 - 211,5; 6. Toni Landhammer (Deutschland) 58, 59 - 207,5.

Auch das interessiert den Sportler

Deutschland gewann am Wochenende den Schachländerkampf gegen die Schweiz in Luzern mit 12,5:7,5 Punkten.

Hamburgs Kunstturner-Biege gewann am Karfreitag in der Deutschen Sporthalle in Ostberlin den 49. Städtekampf gegen Leipzig und Berlin mit 480:430:422,5 Punkten.

Der Belgier Rik van Steenberger gewann am Ostersonntag das internationale Straßenrennen der Berufsfahrer Paris-Roubaix über 305 Kilometer in 5:29:31 Stunden gegen ein Feld von 196 Fahrern aus sieben Nationen.

Eine Frauen-Kraulstaffel aus Chicago mit Jackie Lavine, Judy Alderson, Marlene Cahill und Arnie Kastelyn stellte bei einem nationalen Schwimmwettbewerb in Daytona Beach in 4:05,3 Minuten einen neuen Weltrekord über 4:100 Yards Kraul auf.

Der deutsche Meister 1951, Hein Thorn-Präker, wurde am Sonntag bei einem internationalen Motorrad-Rennen in Pau (Frankreich) in der Solo-Klasse bei 250 cm Dritter hinter dem Engländer Fergus Anderson und dem Spanier Gino Aranto.

Ex-Stieber-Weltmeister Walter Lohmann siegte am Ostersonntag bei der Saison-Eröffnung in Bonn im Preis über 25 Kilometer in 21:16,8 Minuten. Den Osterpreis über 90 Kilometer gewann Lohmann in 43:11,1 Minuten.

Überlegener Sieger im Großen Preis von Pau wurde am Osternmontag auf der Rundstrecke von Pau (Frankreich) der Italiener Alberto Ascari auf Ferrari.

Sieger im Herren-Einzel der Internationalen Tennis-Meisterschaften von Monte Carlo wurde der australische Weltgrößte-Kriste Frank Sedgman durch einen Sieg über den für Ägypten spielenden Exilrussen Alexei Panov. In der Einzel-Kategorie gewann der Engländer Tony Knowles durch einen Sieg über den Dänen John Curry.

Der Kunstlauf-Kampfrichter Schober (München) wurde vom Bayerischen Eisport-Verband gesperrt. Bereits seit 1948 hat er verurteilt, Kampfrichter zu Gunsten von Helga Dudzinski zu beeinflussen. Der 1. Vorsitzende des BEV, Ferdinand Baumert, will den Ausschluss Schobers fordern.

ROLAND BETSCH Copyright by G. Grote-Verlag Stamm
NARREN im Schnee
"Du kannst ja hier bleiben und einen Kalendar machen."
"Wenn ich dich so sitzen und Schweinebauch essen sehe, wenn ich daran denke, daß du in Unterrocken Ski läufst und wenn ich mir vor Augen führe, daß du einmal mit dem langen Stock über den Schanzentisch bist, dann fällt mir Teddi ein mit seinem Wachfigurenkabinett."

„Du kannst ja hier bleiben und einen Kalendar machen.“
„Wenn ich dich so sitzen und Schweinebauch essen sehe, wenn ich daran denke, daß du in Unterrocken Ski läufst und wenn ich mir vor Augen führe, daß du einmal mit dem langen Stock über den Schanzentisch bist, dann fällt mir Teddi ein mit seinem Wachfigurenkabinett.“

wichtig, mit einem Gesicht wie Eichenrinde. Er liest beim Flackern einer Kerze, er qualmt aus einem Meerschaumkopf und an seiner Seite steht ein Glas mit rötlicher Flüssigkeit.
„Der Löwe ist im Käfig.“
Sie schmalen ab, Das Roß geht zur Tür, drückt auf die Klinke und öffnet.

eine Schnur gereiht, abgebrochene Skispitzen hängen. Auch ein Flugzeugmodell baumelt dort, schon ganz angeschwärzt und angehängelt, mit gebohrten Propellern.
Teddi holt das Fremdenbuch. Soll das ein Fremdenbuch sein, ist er am Ende übergeschnappt? Ein rundes, ofenrohrähnliches Gebilde bringt er; eine Längsseite des Ofenrohrs ist aufgeschnitten. Schmutzweiß und hart ist das Gebilde, mit Namen und Schriftzeichen beschriftet.

(Fortsetzung folgt)